

Landesintegrationsrat NRW

Frageblock I. Integration:

- Wie würden Sie „Integration“ definieren und was sind für Sie die Gelingensfaktoren für ein friedliches Zusammenleben? Wo sehen Sie die meisten Chancen für positive Veränderungen?
- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu Deutschland zu stärken? Welche Signale der Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Menschen mit internationaler Familiengeschichte halten Sie für geeignet?
- Wie bewerten Sie die Teilhabechancen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte?
- Wie stehen Sie zur Förderung von mitgebrachten Potenzialen, insbesondere der Herkunftssprachen?
- Wie bewerten Sie das immer wiederkehrende Infragestellen der Zugehörigkeit zu Deutschland von Menschen mit internationaler Familiengeschichte durch Debatten um Kopftücher, Nationalflaggen, etc.?
- Befürworten Sie die Einrichtung eines Bundesministeriums für Integration?

Wir Freie Demokraten fordern ein integrationspolitisches Leitbild. Dieses umfasst das Grundgesetz mit seinem Grundrechtekatalog, ist religionsunabhängig und spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt in Einheit wider. Es soll die Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage der Integration betonen und aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland heraus verstehbar machen. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch angenommen werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens

Wir Freie Demokraten wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderinnen und Einwanderer einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine eigene Integrationsleistung abverlangt. Wir wollen die Chancen der Einwanderung für Deutschland nutzen, denn unser Land ist auf Einwanderung angewiesen. Integration ist der Schlüssel dafür, dass Einwanderinnen und Einwanderer zu einem Teil unserer Gesellschaft werden und zu ihrem Gelingen beitragen. Deshalb wollen wir Integration fördern: durch Angebote zum Erlernen unserer Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich gezielt an Frauen, Kinder und Senioren, aber auch an besonders schutzbedürftige Personengruppen richten. Bürokratische Hürden beim Einwanderungs- und Integrationsprozess sowie bei der Arbeitsaufnahme, wie die Vorrangprüfung oder die Sperrfrist für Asylbewerber, müssen abgebaut und Partnerschaften mit Herkunftsländern geschlossen werden. Mit ausgewählten Partnerländern sind Anwerbestrategien vor Ort zu entwickeln, zum Beispiel mit Sprachkursen und Vorbereitungskursen auf das Leben in Deutschland.

Frageblock II. Politische Teilhabe:

- Sehen Sie im Wahlprogramm Ihrer Partei die Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte abgedeckt? Wenn nein, auf welchem Weg möchte Ihre Partei diese Interessen stärker berücksichtigen?
- Was unternehmen Sie und Ihre Partei, um den Anteil von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in Ihrer Partei zu erhöhen? Was schlagen Sie darüber hinaus vor, um mehr Menschen mit internationaler Familiengeschichte dafür zu gewinnen, sich politisch zu engagieren?
- Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht für alle Menschen aus Drittstaaten? Sollen sie – wie die EU-Bürgerinnen und Bürger – zumindest an den Kommunalwahlen teilnehmen können?
- Zahlreiche Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind deutsche Staatsbürger/innen und dürfen auf allen Ebenen wählen. Welche Vorschläge haben Sie, die Ansprache der Menschen zu verbessern und dadurch ihre Beteiligung an den Wahlen zu erhöhen?

Wir Freien Demokraten sind überzeugt, dass Vielfalt politische Arbeit bereichert, und arbeiten deswegen permanent daran, Menschen mit Migrationshintergrund für die Freien Demokraten zu begeistern. Dazu gibt es verschiedene Initiativen innerhalb der FDP und im Umfeld der Partei.

Frageblock III. Vielfalt schätzen – Rassismus ächten!:

- Welche präventiven Ansätze schlagen Sie vor, um die Verbreitung von Rassismus und rechtsextremem Gedankengut zu verhindern?
- Welche konkreten Maßnahmen haben Sie / hat Ihre Partei zur Förderung der Antidiskriminierungsarbeit auf Bundesebene geplant?
- Sehen Sie Entwicklungsmöglichkeiten beim Allgemeinen Antidiskriminierungsgesetz?
- Wie bewerten Sie den Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus von November 2020?
- Welche Maßnahmen schlagen sie zur Bekämpfung von institutionellem Rassismus vor?
- Wie stehen Sie zu einer Rassismus-Studie bei den Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr?
- Sind Sie dafür, dass unabhängige Stellen eingerichtet werden, damit Polizistinnen und Polizisten anonym über Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb ihrer Dienst Einheit berichten können?

Wir Freie Demokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion oder politischer Ansichten, frei leben und sich frei äußern kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Wir Freie Demokraten machen uns daher stark für unsere freiheitliche Gesellschaft und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie.

Wir Freie Demokraten erkennen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als besondere Herausforderung an. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährderinnen und Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung eines Beirats „Innere Führung“ bei der Polizei ein, der Kriterien für Fehlerkultur und Selbstreflexion in der Polizeiarbeit erarbeiten soll. Das Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamter einschließlich der Bedingungen, die zu dem Fehlverhalten geführt haben, müssen aufgeklärt werden. Damit wollen wir das Vertrauen in die Polizei stärken. Denn die große Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben. Auch die deutsche Polizeiausbildung ist im internationalen Vergleich besonders gut. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung, Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung dennoch ebenso wie die Sensibilität für Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen. Wir verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte scharf. Deshalb fordern wir eine bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Polizeiliches Handeln muss immer nachvollziehbar sein, wir fordern daher eine pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte.

Frageblock IV. Bildungserfolge verbessern:

- Wie kann institutionellen Formen der Diskriminierung im Bildungsbereich entgegengewirkt werden?
- Sollten gezielt pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte mit internationaler Familiengeschichte eingestellt werden? Wie könnten ihre spezifischen Ressourcen in den Bildungseinrichtungen genutzt werden?
- Wie gelingt es, die interkulturelle Pädagogik in Kitas, schulischen Einrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe zu implementieren?
- Wie sollte die Förderung von Multilingualität an Kitas und Schulen zum Nutzen aller Kinder und Jugendlichen am besten umgesetzt werden?
- Wie können Familiensprachen von Schülerinnen und Schüler mit internationaler Familiengeschichte als prüfungsrelevantes Fach in die Studententafel aufgenommen werden?
- Wie kann die gleichberechtigte Bildungsteilhabe von geflüchteten und neueingewanderten Kindern gewährleistet werden?

Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Deshalb arbeiten wir dafür, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird.

Wir Freie Demokraten wollen in ganz Deutschland Talentschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung aufbauen – insbesondere in kinderreichen Stadtteilen und in Regionen mit großen sozialen Herausforderungen. Dabei orientieren wir uns am erfolgreichen Konzept der Talentschulen in Nordrhein-Westfalen.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegspatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Durch die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne kann vor allem Jugendlichen aus nichtakademischen Elternhäusern der Weg an die Hochschule geebnet werden. Sie kann in Form einer Patenschaft mit Organisationen wie ArbeiterKind.de gerade bei Fragen zur Studienfinanzierung, Bewerbung für Stipendien und Planung von Auslandssemestern unterstützen. Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Initiativen können die Schulen in Kooperation mit den Kammern und Hochschulen „Aufstiegsscouts“ schaffen, die als Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler fungieren, die sich über die Chancen und Wege zu einer Berufsausbildung oder zu einem Studium informieren möchten. Zudem können sie Schülerinnen und Schülern helfen, Netzwerke zu knüpfen.

Wir Freie Demokraten wollen den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen besser fördern. Darin sehen wir eine große Chance für die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten. Deshalb ermutigen wir die Schulen und Schulträger, verstärkt herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten. Von den Ländern fordern wir klare und attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Dabei ist auch das Engagement von Ehrenamtlichen besser zu nutzen und Lehr- und Lernwillige sind auch außerhalb des Schulbetriebs in Sprachkursen zusammenzubringen. Herkunftssprachlicher Unterricht hilft auch beim Erlernen der deutschen Sprache und ist damit ein Motor der Integrationspolitik.

Frageblock V. Zukunft der Verwaltungen:

- Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der beschäftigten Menschen mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen? Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen widerspiegelt?
- Wie können Ihrer Meinung nach interkulturelle Kompetenzen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt und gezielt eingesetzt werden?
- Natürliche Bilingualität und interkulturelle Kompetenz sind Potenziale, die in vielen Bereichen unserer Gesellschaft genutzt werden können. Befürworten Sie die Berücksichtigung der natürlichen Mehr- und Zweisprachigkeit und der interkulturellen Kompetenz der Bewerber/innen bei der Personalauswahl für die Verwaltung?

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Vielfalt im öffentlichen Dienst ein. Dabei geht Nordrhein-Westfalen voran: Das von der FDP geführte Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration hat dazu die Kampagne „Du machst den Unterschied“ mit starken Vorbildern gestartet, um künftig mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte für eine Ausbildung oder Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen. „Menschen mit Einwanderungsgeschichte bereichern unser Land. Dies sollte sich auch in einer modernen Verwaltung widerspiegeln. Mehr Vielfalt führt zu noch besseren Entscheidungen. Es ist wichtig, dass sich alle Bevölkerungsgruppen ausreichend im öffentlichen Dienst vertreten fühlen“, hat dazu Minister Dr. Joachim Stamp. Von solchen Beispielen können wir lernen.

Frageblock VI. Arbeitsmarkt:

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Diskriminierungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt effektiv zu begegnen?
- Wie können die spezifischen Potenziale von Menschen mit internationaler Familiengeschichte im Ausbildungs- und Arbeitsbereich aufgewertet und ausgeschöpft werden?
- Welche Vorschläge haben Sie, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern?
- Welche Rahmenbedingungen muss die Politik schaffen, um den Fachkräftemangel mit vorhandenen Potenzialen zu decken?
- Wie können die zur Arbeitsaufnahme eingewanderten Menschen rechtlich und de facto geschützt werden? Wie kann die Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln in Deutschland ohne Ausbeutung vollzogen werden? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um ein gerechtes Pflegesystem zu schaffen?

Wir Freie Demokraten fordern eine Zukunftsgarantie für junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden können. Dazu wollen wir das kleinteilige Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung auf ein bundesweites Programm mit regionaler und individueller Ausgestaltung fokussieren sowie regelmäßig evaluieren. Unsere Zukunftsgarantie steht auf drei Säulen: Erstens wollen wir die Einstiegsqualifizierung reformieren und den Teilnehmenden sozialpädagogisch geschulte Lernprozessbegleiterinnen und -begleiter zur Seite stellen. Zweitens wollen wir außerbetriebliche Ausbildungsangebote in Regionen mit einer erheblichen Unterversorgung an Ausbildungsplätzen bedarfsgerecht in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern stärken, wobei der Übergang in eine betriebliche Ausbildung stets vorrangiges Ziel bleibt. Drittens wollen wir sicherstellen, dass der Zugang zu Praktika für Schülerinnen und Schüler unabhängig von der sozialen Herkunft gewährleistet ist. Die berufliche Ausbildung selbst wollen wir durchlässiger gestalten. Hierzu wollen wir Teilqualifizierungen ausbauen, die Ausbildungsdauer flexibilisieren, digitale Ausbildungsangebote fördern und verstärkt Teilzeitausbildungen ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen ausländischen Fachkräften in der Tourismusbranche den Zugang zu Kindergeld- und Krankenkassenanträgen erleichtern. Sie müssen in deutlich mehr Sprachen zur Verfügung stehen. Hotellerie und Gastronomie sind Grundpfeiler des Tourismus. Ausländische Fachkräfte, insbesondere aus angrenzenden Nachbarländern, sichern das Überleben von Hotels und Restaurants. Für sie muss es einfacher werden, in Deutschland zu arbeiten – auch im Hinblick auf den massiven Fachkräftemangel. Mit Anträgen in der Muttersprache und schnellen, unkomplizierten Bearbeitungsvorgängen wollen wir das Arbeiten in der deutschen Tourismusbranche attraktiver machen.

Wir Freie Demokraten wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach steuern. Dazu fordern wir ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer überarbeiteten „Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um für

Fachkräfte die Möglichkeit zu schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse, Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Mittelfristig soll die Chancenkarte in einem europäischen Talentpool aufgehen, um Europas Attraktivität für qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen. Für beide Säulen muss es für alle Berufe eine einzige gemeinsame bundesweit zuständige Anerkennungsstelle geben, die die Prüfung strukturiert und professionell vornimmt. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden.

Frageblock VII. Solidarität mit Geflüchteten, Bleiberecht für Geduldete:

- Wie beurteilen Sie die Asylrechtsveränderungen seit 2014, insbesondere die Verschärfungen für Schutzsuchende aus „sicheren Herkunftsstaaten“ und die pauschale Unterscheidung von „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive?
- Wie bewerten Sie das Prinzip der Einstufung bestimmter Herkunftsstaaten als sicher?
- Welche Maßnahmen erachten Sie für sinnvoll, um die Teilhabe Geflüchteter voranzutreiben? Wie gelingt es, auch die Betroffenen hieran politisch zu beteiligen?
- Wie stehen Sie zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten? Wie kann diese befördert werden?
- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um „Kettenduldungen“ in Zukunft zu verhindern? Sind Sie für eine Stichtagsregelung für Langzeitgeduldete?
- Auf europäischer Ebene steht die Abwehr von geflüchteten Menschen im Mittelpunkt der Asyl- und Grenzpolitik. Welche Richtung sollte die EU im Umgang mit Geflüchteten Ihrer Meinung nach in Zukunft einschlagen und welche Rolle sollte Deutschland dabei einnehmen?
- Wie stehen Sie zur zivilen Seenotrettung? Sind Sie für eine Entkriminalisierung der Menschen, die Geflüchtete auf dem Mittelmeer vor dem sicheren Tod retten?
- Wie kann aus Ihrer Sicht den Geflüchteten geholfen werden, die aus Angst vor einer Abschiebung abgetaucht sind und inzwischen als „Illegale“ unter uns leben.

und

Frageblock IX. Familie zusammenbringen:

- Wie kann Ihrer Meinung nach die Visumsvergabe grundsätzlich entbürokratisiert werden?
- Sind Sie dafür, dass Angehörige ersten Grades der Menschen mit internationaler Familiengeschichte, die dauerhaft in Deutschland leben, ein geregeltes Aufenthaltsrecht für Deutschland erhalten?

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Dazu gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität. Dabei wollen wir zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften

Einwanderern unterscheiden. Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen unbürokratischen Status schaffen - einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Die Kompetenzen von Bund und Ländern sollten klar getrennt werden. Der Bund sollte für alle Fragen des Schutzstatus und der Beendigung des Aufenthaltes einschließlich der Abschiebung zuständig sein, damit sich die Länder auf die Aufgabe der Integration konzentrieren können. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung und die Schaffung von ausreichend Abschiebehaftplätzen. Zugleich brauchen besonders vulnerable Gruppen, zum Beispiel Verfolgte aus religiösen Gründen oder aufgrund sexueller Identität, sichere Verfahren und eine sichere Unterbringung sowie im Fall sogenannter sicherer Herkunftsländer eine besondere Rechtsberatung, um Anträge form- und fristgerecht stellen zu können.

Wir Freie Demokraten fordern als Kern einer Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, es sei denn, sie haben erkennbar keine Bleibeperspektive. Sollte eine Einigung auf EU-Ebene nicht in absehbarer Zeit gelingen, sollte Deutschland mit gleichgesinnten Staaten vorangehen. Staaten, die sich an dieser „Koalition der Willigen“ nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen von Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen, die dann zur Finanzierung der Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen verwendet werden.

Wir Freie Demokraten fordern, dass Asylanträge auch im Ausland in den Botschaften von EU-Mitgliedstaaten gestellt werden können. Es muss möglich sein, auf sicherem Weg nach Europa zu kommen – ohne lebensgefährliche Reise und die Gefahr, in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind. Dazu sollten im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden.

In Nordrhein-Westfalen geht unser Integrationsminister Dr. Joachim Stamp in NRW voran. Mit der Neufassung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes sorgen wir für das modernste Integrationsrecht bundesweit, wodurch gut integrierte Geduldete bessere Bleibeperspektiven als in nahezu allen anderen Bundesländern bekommen. Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht ist die Anerkennung guter Integration. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden.

Vorbild ist Nordrhein-Westfalen auch bei der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung. Diese Zentralstelle unterstützt die Wirtschaft dabei, spezialisiertes Personal aus dem Ausland zu gewinnen und berät sie dabei in allen ausländerrechtlichen Fragen. In den ersten zwölf Monaten wurden so mehr als 8.600 Visaverfahren bearbeitet, davon wurden rund 1.100 im beschleunigten Verfahren beantragt – darunter bereits über 300 Anträge bei Fachkräften in den Pflegeberufen..

Frageblock VIII. Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren:

- Wie stehen Sie zu der rechtlichen Ungleichbehandlung von EU-Bürger/innen und Drittstaatsangehörigen bei der Frage der Mehrstaatigkeit? Sind Sie für eine generelle Zulassung von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte?
- Sind Sie dafür, dass das Geburtsortsprinzip in Deutschland ähnlich wie in den USA oder in Kanada konsequent praktiziert wird, damit alle in Deutschland geborenen Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern, die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten?
- Sehen Sie die Herkunfts-Staatsbürgerschaft der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als einen untrennbareren Teil ihrer Identität?
- Sind Ihrer Ansicht nach Doppelstaater Deutschland gegenüber weniger loyal?
- Sind Sie dafür, dass EU-Bürger*innen ihre Herkunfts-Staatsbürgerschaft generell beibehalten dürfen?

Wir Freie Demokraten begreifen die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit als Ergebnis und Ziel einer gelungenen Integration in die deutsche Gesellschaft. Daher müssen zur Verleihung der Staatsangehörigkeit klare Kriterien erfüllt sein. Es ist für das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland wertvoll, wenn Menschen, die in Deutschland geboren sind oder ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen werden, über eine Einbürgerung auch rechtlich Teil des Staatsvolkes werden. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht sollte im Fall einer Einbürgerung grundsätzlich auch die Mehrstaatigkeit zulassen. Ab der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten sollten sich Menschen dann für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, außer wenn mit dem Verlust der Aufgabe der zweiten Staatsangehörigkeit rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile verbunden sind, sie nicht auf sie verzichten können oder es sich um die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates handelt. Wir fordern für Einwanderinnen und Einwanderer zudem einen vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit nach insgesamt vier Jahren. Eine Niederlassungserlaubnis soll bereits nach drei Jahren gewährt werden, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller in dieser Zeit mit gültigem Aufenthaltstitel straffrei in Deutschland gelebt hat und Sprachkenntnisse sowie die vollständige Deckung des Lebensunterhaltes auch der Familie nachweisen kann. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit soll unabhängig vom Einwanderungsweg möglich sein, wenn zusätzlich ein Einbürgerungstest absolviert und das Bekenntnis zur Rechtsordnung unseres Grundgesetzes abgelegt werden. Der Entzug der doppelten Staatsangehörigkeit darf kein Mittel zur Gefahrenabwehr oder Bestrafung sein. Sonst wären Bürgerinnen und Bürger mit einer weiteren Staatsangehörigkeit nur Bürger zweiter Klasse. Wir Freie Demokraten fordern die flächendeckende Durchführung von Einbürgerungsfeiern mit einheitlichem Konzept und unter Verwendung der Symbole der Bundesrepublik.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Menschen grundsätzlich eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzen können; allerdings bis maximal durch die Enkelinnen und Enkel der Ersteingebürgerten. Dies soll nicht gelten, wenn die zweite Staatsangehörigkeit die eines Mitgliedstaates der EU ist oder wenn es nicht zumutbar ist, ohne rechtliche oder

wirtschaftliche Nachteile auf sie zu verzichten. Grundsätzlich sollen alle Herkunftsländer außerhalb der EU im Staatsangehörigkeitsrecht gleichbehandelt werden. Personen, die ihre zweite Staatsangehörigkeit aus rechtlichen Gründen nicht ablegen können, müssen ihre deutsche Staatsbürgerschaft ebenfalls behalten oder sie erwerben können. Einwanderinnen und Einwanderer müssen zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern werden können, ohne ihre Wurzeln und etwa Eigentum in ihrem Herkunftsland aufgeben zu müssen.

Frageblock X. Religionsfreiheit:

- Welche Maßnahmen sind angemessen, um die Religionsfreiheit in Deutschland wirksam und nachhaltig zu gewährleisten?
- Ist Ihrer Ansicht nach eine gesetzliche Regelung vonnöten, um pauschalen Schmähungen von Religionen einen Riegel vorzuschieben?
- Wie können Akzeptanz und Wertschätzung für alle Religionen geschaffen werden?
- Wie kann der interreligiöse Dialog noch verbessert werden?
- Das novellierte Bundesbeamtengesetz ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, da es eine Negierung der Religionsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte bedeuten kann. Wie bewerten Sie das Gesetz?
- Wie können aus Ihrer Sicht Islamfeindlichkeit und Antisemitismus erfolgreich bekämpft werden?
- Sollten für den muslimischen Bekenntnisunterricht nur Lehrer bzw. Imame rekrutiert werden, die ihre Ausbildung in Deutschland genossen haben? Wie und wo sollen – analog dazu – z.B. die Lehrkräfte für den jüdischen Religionsunterricht ausgebildet werden?

Wir Freie Demokraten verurteilen jede Form des Extremismus. Politischen Extremismus von Rechts- bis Linksextremismus lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten Extremismus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Überhöhung der eigenen Gruppe oder Nation und die Herabwürdigung anderer sowie Drohungen und Gewalt verfügen niemals über eine moralische Überlegenheit. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. Der Bund sollte die Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme zu unterschiedlichen Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen.

Wir Freie Demokraten wollen das Staatskirchenrecht zu einem Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln. Es soll einen passenden rechtlichen Status bieten für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen. Im Zuge dessen muss der Verfassungsauftrag der Ablösung der Staatsleistungen vollzogen werden. Tanzverbote und ähnliche Einschränkungen an stillen Feiertagen wollen wir abschaffen. Ebenso müssen kirchliche Privilegien im Arbeitsrecht abgeschafft werden, soweit sie nicht Stellen betreffen, die eine religiöse Funktion ausüben. Wir wollen liberalen und progressiven Muslimen, die weniger in den muslimischen Verbänden organisiert sind, ein stärkeres Gewicht einräumen. Ziel muss es sein, dass Glaubensgemeinschaften nicht aus dem Ausland gesteuert und finanziert werden, sondern von ihren Mitgliedern in Deutschland. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die Ausbildung von Imamen in Deutschland.

Wir Freie Demokraten fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus. Jüdisches Leben in Deutschland und Europa ist für uns integraler Bestandteil unserer Zivilgesellschaft. Politik und Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst nehmen und sich ihr entschieden entgegenstellen. Es darf keine Toleranz gegenüber irgendeiner Form des Antisemitismus geben.

Frageblock XI. Vielfalt und Gerechtigkeit im Gesundheitssystem:

- Wie könnte der Wissensstand über die medizinischen Bedürfnisse von Menschen mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?
- Welche Strategien zur interkulturellen Öffnung in der Gesundheitsversorgung schlagen Sie vor? Welche gesetzgeberischen Möglichkeiten sehen Sie?
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Fachkräftemangel in Pflege und Gesundheitsversorgung zu beseitigen?
- Wie können Barrieren und Benachteiligung in der Gesundheitsversorgung abgebaut werden?
- Was ist notwendig, um diskriminierende und rassistische Strukturen im medizinischen Sektor zu identifizieren und zu beseitigen?
- Wie bewerten Sie Mehrsprachigkeit im Kontext von Krankenpflege?

In der gesamten Gesellschaft und im Gesundheitssystem im Speziellen müssen Barrieren und Benachteiligungen beim Zugang abgebaut werden. Das gilt ebenso für diskriminierenden oder ausgrenzende Strukturen. Ob es hier wirklich gesetzlicher Regelung oder nicht viel mehr der Unterstützung entsprechender Initiativen bedarf, kann diskutiert werden.

Wir Freie Demokraten fordern daneben ganz grundsätzlich bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. Nur so können wir den Personalmangel an seinem Ursprung angreifen und mehr Personal in die Versorgung bringen. Geben wir den Pflegenden wieder Zeit und Raum für ihre Arbeit!

Frageblock XII. Altenpflege, aber kulturgerecht:

- Wie könnte der Wissensstand über die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit internationaler Familiengeschichte verbessert werden?
- Welche Strategien zur Beförderung der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe und -Pflege schlagen Sie vor?
- Wie können Barrieren und Benachteiligung von Seniorinnen und Senioren mit internationaler Geschichte in der Pflege abgebaut werden?
- Was ist notwendig, um diskriminierende und rassistische Strukturen im medizinischen Sektor zu identifizieren und zu beseitigen?
- Wie bewerten Sie Mehrsprachigkeit im Kontext von Altenpflege?

Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften kann auch die Altenpflege bereichern. Wir Freie Demokraten sprechen uns dabei gegen jegliche Form von Diskriminierung aus. Gerade in einer alternden Gesellschaft wie in Deutschland kommt der Altenpflege eine immer größere Bedeutung zu. Daher ist es wichtig, auch hier eine qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften zu ermöglichen. Auch damit wollen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Wir Freie Demokraten fordern zudem bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird.

Frageblock XIII. Gutes Wohnen – Gerechte Teilhabe:

- Welche Instrumente können Ihrer Meinung nach der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt etwas entgegensetzen?
- Wie kann auf Bundesebene dem unverhältnismäßigen Anstieg der Mieten entgegengewirkt werden?
- Was kann die neue Bundesregierung tun, um mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Einwohner/innen zu schaffen? Wie kann dabei die Lebensqualität in Orten und Quartieren, die von sozialer Benachteiligung geprägt sind, verbessert werden?
- Wie stehen Sie zur Förderung des privaten und sozialen Wohnungsbaus?
- Wie können Mieter/innen vor prekären Wohnbedingungen und dem Abrutschen in die Wohnungslosigkeit geschützt werden?

Wir Freie Demokraten wollen die Mietpreisbremse abschaffen und einen bundesweiten Mietendeckel verhindern. Die Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen wollen wir verbessern. Die lineare Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent erhöht werden. Darüber hinaus ist die Aktivierung von Bauland notwendig, beispielsweise durch eine stärkere Zusammenarbeit der Länder mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Mietpreisbremse und Mietendeckel schaffen nachweislich keine neuen Wohnungen und haben sogar zu einer Verknappung des Angebots geführt. Auch die zahlreichen Regelungen im Rahmen sogenannter Erhaltungsverordnungen oder das immer komplexer werdende Mietrecht machen die Vermietung von Wohnraum unnötig kompliziert. Wir Freie Demokraten wollen die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu wollen wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren entwickeln. Die Bauordnungen aller Länder müssen harmonisiert werden, sodass dort einheitliche Anforderungen an den modularen und seriellen Bau enthalten sind. Ferner muss die sogenannte Genehmigungsfiktion gesetzt werden: Wenn die Bauherrin oder der Bauherr alle Unterlagen vorlegt und die Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf den Antrag reagiert, gilt er als genehmigt und die Bautätigkeit kann beginnen.

Wir Freie Demokraten wollen für Menschen mit niedrigem Einkommen einen echten Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die soziale Wohnraumversorgung an der potentiellen Mieterin beziehungsweise am potentiellen Mieter und nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Wir wollen zahlungsschwachen Wohnungssuchenden

den Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des Wohngeldes erleichtern. Erst wenn dort die Wohnungssuche erfolglos bleibt, soll die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung erteilt werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum entlasten. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Dadurch erleichtern wir es den Menschen, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen. Für mehr Steuergerechtigkeit wollen wir zudem die missbräuchliche Umgehung der Grunderwerbsteuer durch Immobilieninvestoren mittels sogenannter Share Deals mit einer Gesetzesänderung verhindern.